

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erstmal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger u. a. d. m. Vertretungen frei. Einzelnummern 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Hofstraße 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Umgebung: 1.50 M., in der Provinz: 1.25 M.; außerhalb: 2.50 M., in der Provinz: 1.75 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 5 M., pro 1000.

Nummer 237

Freitag, 23. Mai 1919.

73. Jahrgang.

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Die Fristverlängerung.

Wortlaut der Note Clemenceaus.

mz. Versailles, 22. Mai.

Dem Vorsitzenden der deutschen Delegation in Versailles, Graf Brockdorff-Rantzau, ging am 21. Mai folgende Note zu:

Paris, 21. 5. 1919.

Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 20. 5. zu bestätigen. Sie hatten die Güte, mich darauf hinzuweisen, die Fragen, über welche die deutsche Delegation Bemerkungen vorzulegen wünscht, seien so verwickelt, daß die Denkschrift der deutschen Delegation in der Ihnen am 7. 5. gewährten fünfzehntägigen Frist nicht fertig zu sein könnte. Sie fordern infolgedessen die Verlängerung dieser Frist. In Erwiderung hierauf habe ich die Ehre, Ihrer Exzellenz mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen einverstanden sind, die Frist bis Donnerstag, den 29. 5. zu verlängern. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Clemenceau.

Die Berliner Soldatenräte für Unterzeichnung.

mz. Berlin, 22. Mai.

Zum ersten Mal seit dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen tauchte am 21. Mai die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Als erster Punkt fand die Friedensfrage auf der Tagesordnung. Nach langwieriger sehr erregter Debatte wurde ein Antrag der kommunistischen Fraktion angenommen, der die Unterzeichnung des Friedensvertrages fordert. Die Haltung der Regierung wird darin aufs schärfste verurteilt. Die Erklärung schließt mit einem Appell an das Proletariat der Entente.

Die Aufrechterhaltung der Blockade.

mz. London, 21. Mai. (Neuter.)

Unterhändler Arnold fragte an, ob das Völkerrecht zur Aufrechterhaltung der Blockade nach Abschluß des Waffenstillstandes berechtige. Bonar Law erwiderte: Soviel ich weiß, sind solche Fälle durch das Völkerrecht in keiner Weise geregelt, sondern sie sind von den Bedingungen des Waffenstillstandes abhängig und diese Bedingungen sind in Art. 23 enthalten.

Die chinesische Delegation.

mz. Paris, 22. Mai. (Havas.)

Dem „Temps“ zufolge dementiert der Minister des Innern die Meldung, daß er erklärt habe, die chinesische Delegation müsse den Vertrag vorbehaltlos unterzeichnen. Weiter dementiert das Blatt die Nachricht von dem Abkommen zwischen Frankreich, England und Japan über die Schaffung einer Einflusssphäre in China.

Italien und der Friede.

mz. Rom, 22. Mai. (Stefani.)

Am Mittwoch fand außerhalb Roms ein Ministerrat statt. Es wurde Bericht über die Tätigkeit der Friedenskommission erhalten, die weiter im Gange der Regierung ist. Der Ministerrat beabsichtigt die Schwärzung der letzten in diesem Augenblick bemerkbar machen. Orlando reiste nach Beendigung des Ministerrats wieder nach Paris, die Minister nach Rom zurück.

Giume.

mz. Rom, 22. Mai. (Stefani.)

Das Kriegsschiff „Santa Maria“ ist mit dem General Venosa am 20. Mai in Giume eingetroffen. Der General wurde von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt.

Wechsel im Kommando des 2. Armee-Korps.

DZB, Stettin, 19. Mai.

Der kommandierende General des II. Armee-Korps, Generalleutnant v. Kräwel, ist seines Amtes enthoben worden. An seine Stelle tritt Generalleutnant v. Oden. Dieser kommandierende General des XXI. Armee-Korps.

Kämpfe in Afghanistan.

mz. London, 22. Mai. (Neuter.)

Die britischen Streitkräfte nahmen nach Zurückweisung der afghanischen Angriffe am 10. Mai Katta. am 17. Mai den Hügel weithin Katta und brachten acht afghanischen Kämpfer eine Niederlage bei. Die Afghanen ließen über hundert Tote zurück.

Die Friedensangelegenheit.

mz. Versailles, 21. Mai.

Der „Matin“ meldet: Der Deputierte Benoist brachte in der Kammer einen Beschlusantrag ein, einen besonderen Ausschuss von 34 Mitgliedern zur Prüfung der Friedenspräliminarien mit Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einzusetzen.

Der Generalsekretär ernannte einen Unterausschuss zur Prüfung der militärischen Bestimmungen des Vertrages, dessen Befähigung der Deputierte Paté von Clemenceau verlangen soll.

Ant „Petit Parisien“ beschloß gestern nachmittags 140 Deputierte aller politischen Gruppen, durch Beschlusantrag die Regierung aufzufordern, den Wortlaut des Vertrages schnellst allen Mitgliedern der Kammer und des Senats zuzustellen.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten will den Vertrag prüfen. Senator Martin wird beantragen, daß der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten durch Ergänzung von 18 neuen Mitgliedern verstärkt wird. Alle Parteien müßten in diesem Ausschuss vertreten sein.

London, 20. Mai. (Neuter-Meldung.)

Das Kriegsamt teilt mit, daß es dem General Berling in Anbetracht der ungewissen Haltung Deutschlands in der Frage der Friedensbedingungen und der sich daraus ergebenden militärischen Lage augenblicklich nicht möglich ist, Frankreich zu versichern und daß daher sein Londoner Besuch auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

Italien und der Frieden.

mz. Versailles, 21. Mai.

Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß Orlando und Cochet gestern Abend nach der italienischen Grenze abgereist sind, um mit den aus Rom eingetroffenen Abgeordneten der italienischen Regierung heute einen Ministerrat wegen innerpolitischer und Friedensvertragsfragen abzuhalten. Paroli reiste geradewegs nach Rom. Nach dem „Matin“ findet die Zusammenkunft unmittelbar an der französisch-italienischen Grenze in Bardonecchia statt, um Orlando's Abwesenheit von Paris möglichst abzufärzen. Sonntag bleibt wegen der Erörterung über die Türkei in Paris. Ueber den Anlaß zu Orlando's Reise berichtet der „Matin“: Bei den vertraulichen Verhandlungen der letzten Tage über die Abreise zeigte die italienische Delegation sich zu weitgehenden Zugeständnissen in den ihr im Londoner Vertrag zugesicherten Gebieten bereit, welche den Verzicht auf die Annexion von 150 000 Quadratkilometern bedeutet. Als Schadloshaltung verlangt sie die grundsätzliche Anerkennung der Souveränität Italiens über Äthiopien. Sie nimmt die Bedingungen weitgehender Wirtschaftlicher und politischer Art und die Teilnahme aller beteiligten Kreise an der Regierung von Äthiopien an. Jedoch müsse die italienische Forderung über Äthiopien stehen. Vor der Annahme dieses modus vivendi, dem Wilson nicht widersprechen wird, will Orlando die Zustimmung des ganzen Kabinetts einholen. Ferner soll in Bardonecchia über die Kolonialfrage über das Einflusssphären in Kleinasien, über die Verteilung der Handelsflotten der feindlichen Mächte und die Ententepolitik in Dalmatien verhandelt werden.

Paris, 21. Mai. (Havas.)

Der „Matin“ berichtet, daß die Reise Orlando's den Zweck habe, die Zustimmung des italienischen Kabinetts für die Abreise einzuholen. Am Ende der offiziellen Verhandlungen der letzten Tage seien befriedigende Fortschritte erzielt worden. Die italienische Delegation hätte sich bereit erklärt, weitgehende Konzessionen zu machen. Der modus vivendi sei zur gegenwärtigen Stunde beinahe revidiert.

Schweizer Grenz, 20. Mai.

Die offizielle Agentur Volta schreibt den Aktivist Salandra und Salzano-Moais als Friedensdelegierte hauptsächlich dem Verhandlungsverfahren in Paris an, wonach nur die Ministerpräsidenten und Minister des Innern an den einseitigen Beschlüssen der Konferenz teilnehmen könnten. Die Tätigkeit der übrigen Delegierten beschränkte sich somit darauf, den Regierungshauptern beratend beizustehen, die sich jedoch wieder für die verantwortlichen Beschlüsse nach dem Parlament und der Volksabstimmung richten müssen.

Kabinettskrise in Konstantinopel.

mz. Konstantinopel, 21. Mai. (Havas.)

Anfange der durch die Russenfälle von Smyrna entstandenen Krise wurde Scherif Paşa mit der Rekonstruktion des Kabinetts beauftragt.

Das Grubenunglück bei Mährisch-Odrau.

mz. Mährisch-Odrau, 21. Mai.

Escheh-Homatschesch Pressbüro: In dem gestrigen Explosionsunglück in der neuen Grube in Pava wird berichtet, daß die Bergungsarbeiten die ganze Nacht hindurch fortgesetzt wurden. Nach den bisherigen Meldungen wurden 92 Tote festgestellt. Im Krankenhaus liegen 26 Personen, teils verletzt, teils durch das Gas vergiftet. Vermißt werden im ganzen etwa 50 Bergleute. Zur Zeit der Explosion arbeiteten in der neuen Grube 650 Bergleute, von denen der größte Teil sich durch einen Seitenstoß rettete. Einer anderen Meldung zufolge werden noch 80 Bergleute vermisst.

Die toßbaren Menschenleben.

Von Dr. Bartel, Wiesbaden.

Zu Beginn der Revolution hat Herr Scheidemann bei verschiedenen Gelegenheiten mit Betonung ausgerufen: „Jedes Menschenleben ist uns heilig.“ Wir wollen Herrn Scheidemann diese Versicherung aufs Wort glauben. Wir müssen sie ihm auch glauben, auf Grund der weitgehenden, schier unerschöpflichen Schonung, mit der die sozialdemokratische Regierung alle jene Leute behandelt hat, die sich mit Stolz Kommunisten und Sozialisten nennen, die aber vom gesunden Standpunkte aus Aufrührer und Verbrecher sind, und denen man in jedem anderen Staate eine ganz andere Behandlung hätte zuteil werden lassen. Wir geknieten uns aber auch, zu bezweifeln, auf Grund mancher Beobachtungen in diesen bewegten Monaten, ob Herr Scheidemann dieselbe Schonung angewandt hätte gegenüber Verführern der rechtsstehenden Parteien, die kurz mit dem fürchterlichen Namen „reaktionäre Verbrehungen“ bezeichnet werden. Es würde sich da herausgestellt haben, daß diese Schonungstheorie eine höchst einseitige gewesen wäre, daß die sozialistische Regierung da nicht geändert hätte, von ihrer Macht den brutalsten Gebrauch zu machen. Jedenfalls hat es diese einseitige Auffassung verschuldet, daß bisher tausende von Menschen ihr vom Standpunkte der menschlichen Gesellschaft viel wertvolleres Leben haben opfern müssen, daß in Deutschland anstelle der bisherigen staatlichen Ordnung überall Aufruhr und Anarchie sich, ohne Furcht vor Strafe, ihr Haupt erheben. Dieser Schonungstheorie verdanken wir auch den Zusammenbruch unserer Wirtschaftsliebend. Und wenn das deutsche Volk zum Gevödt und zur Verachtung der Welt herabsinken ist, so ist es letzten Endes auch auf das Schuldkonto dieser Auffassung über die Heiligkeit gewisser Menschenleben zu setzen. Eine jede andere Regierung hätte diese Menschen, die heutzutage an einem Punkte Deutschlands die Ordnung führen, das Wirtschaftslieben zum Verfall bringen und rücksichtslos und gewissenlos mit dem Leben ihrer Mitmenschen umgehen, als Verbrecher behandelt und hätte dadurch bald die Ordnung wieder hergestellt.

Bei uns erleben wir das traurige und doch wieder lächerliche Schauspiel, daß mit den Aufrührern, nachdem sie endlich vor der militärischen Macht sich beugen, Verhandlungen und Vereinbarungen getroffen werden, die natürlich von diesen Herren niemals gehalten werden, so daß dann nach kurzer Zeit der Aufruhr wieder breiß sein Haupt erhebt, und daß dann wiederum toßbare Menschenleben geopfert werden müssen, um wenigstens einlärmachen und für kurze Zeit etwas die Ordnung herzustellen.

Das deutsche Volk, das arbeiten will und das deutsche Bürgertum, das nicht abwärts einer einseitigen sozialistischen Auffassung geopfert werden will, dürfte aber wohl mit Recht von der Regierung, die sich doch für heilig hält, ein großes Volk erwarten zu können, verlangen, daß endlich Ordnung herbeigeführt und dem Volke die Wirtschaft verschafft wird. Bei Einstein findet sich in seiner Wille der Satz: „Der Böbel ist furchtbar, wenn er nicht furchtbar.“ In diesem einfachen Satz hat der hochbedachte Philosoph die Erfahrungen vieler Jahrhunderte niedergelegt. An allen Zeiten hat sich die große ungeheißene Masse des Volkes nur durch eine staatliche Autorität, die sich auf Machtmittel stützt, im Zaum halten lassen. Mientel mehr als dies heute, wo die große Masse des Volkes, ohne unerschöpflichen Emulieren und ohne politischer Reife, durch eine Abrechnung lange mahlende Verheerung in seinem Urteile vergrößert ist. Wir haben es in diesen Monaten des Unruhres relativ erlebt, daß Ermahnungen fruchtlos sind, daß alle Hinweise auf nützliche Verordnungen unbeachtet bleiben, daß das Volk selbst auf seine Führer nicht mehr hört. Niemand kann auch erwarten, daß das Volk selbst endlich zur Reife kommt und Vernunft annimmt, und so bleibt für den denkenden Menschen nur eine starke staatliche Autorität als der einzige Ausweg aus der allgemeinen Pervertierung.

Von der letzten Regierung ist jedoch nicht zu erwarten, daß sie mit der notwendigen starken Hand endlich Ordnung schafft und dadurch dem schwerkranken Volk Körper heilung bringt. Die sozialistische Regierung hat ja unsichtbar bewiesen, daß sie ähnlich unfähig ist, ein großes Industrievolk, wie wir es nun einmal sind, zu leiten. Selbst wenn sie den besten Willen hat, den wir ihr nicht abstreiten wollen, so kann und darf sie nicht von den Mitteln Gebrauch machen, mit denen man einst die armen Proletariatsmassen in einem modernen Industrieort in Schranken und Ordnung hält. Sie würde damit ihren sozialistischen Grundsätzen untreu werden, und sie würde auch bei den Massen der Arbeiter, wenn sie ihren mahllosen, bis zum Wahnsinn gesteigerten Forderungen entsagenwären, keine an Boden verlieren. Sie hätte selbst ausgeteilt. Derjenige Teil der deutschen Bevölkerung, der durch diese Sachlage am meisten bedroht ist, ist das Bürgertum, sind die bestehenden Klassen, die Träger des Wohlstandes und der gesamten Kultur des Volkes. Das Bürgertum hat von der Regierung nichts zu erwarten, die aus seiner Hand die Klammern schneller mit und schneiden muß, um die wahnsinnigen Anforderungen der verheißten Arbeiter zu befriedigen. Ebenso ist das Bürgertum von den Proletariatsmassen als der Träger des Kapitals ganz sinnlos geholt und ist zum wirtschaftlichen Tode verurteilt. So muß der Bürgerstand erkennen, daß er bei dieser Bekämpfung von zwei Seiten auf sich selbst gestellt ist, daß die Rettung für ihn nur durch die eigene Kraft erfolgen kann. Er muß daher endlich aus seiner traurigen, aber auch seinen Willen überwinden, sich selbst organisierten, direkt militärisch organisieren, daß der Böbel ihn als Macht anerkennt und fürchtet. Wenn das nicht endlich geschieht, so werden wohl noch viele, toßbare Menschenleben verloren gehen, hingepflegt einer für unsichtbaren Schonungstheorie.

